

# Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter  
und Straßenbahner Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage  
Durch die Post bezogen  
vierfachstündig 1,50 Mk.

Geschäftsstelle: Köln, Ven-  
tverwall 9, Hernstr. A 1000  
Postkonto Köln 18337

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Nummer 24 |

Köln, den 26. November 1921.

9. Jahrgang

## Der Gemeinschaftsgedanke.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß die steigende Not, hervorgerufen durch die Teuerung, nicht dazu beiträgt den Gemeinschaftsgedanken zu stärken. Not und Entbehrungen machen hartherzig, übelwollend und neidisch. Trotzdem müssen wir allen Ernstes suchen, diese Fehler zu vermeiden, worunter selbstverständlich der berechtigte und notwendige Kampf gegen alle Anhänger des Egoismus nicht zu leiden braucht.

Der Gewerkschaftler ist längst von der Unmöglichkeit, alle Mängel im wirtschaftlichen und sozialen Leben durch staatliche Zwangsmassnahmen zu überwinden, überzeugt. Er weiß, daß die Besserung nicht nur durch eine Änderung der Staatsform, der Wirtschaftsweise und der Rechtsnormen erfolgen kann, sondern, daß auch die Geistesrichtung der Menschen geändert werden muß.

Von dieser Notwendigkeit überzeugt, verzerrt er daher, in seinem Kreise, im Umfang eines Kreises und seiner Möglichkeit, den Gedanken die Tat folgen zu lassen. Bietet nicht die Gewerkschaftsbewegung hierfür den besten Beweis? Späten nicht hier hunderttausende täglich einen gewissen Teil ihres letzten Einkommens zum Wohle des Gesamtheit? Darauf darf er sich allerdings nicht befrüchten. Größere Ansprüche an den Gemeinschaftsgedanken werden gestellt. Wenn wir unser Ziel, die Überwindung des Egoismus durch den Solidaritätsgedanken erreichen wollen, müssen wir praktisch tagtäglich einen Teil dazu beitragen. Zunächst durch die Überwindung der Mängel in unseren Reihen.

Die Entwicklung der Verhältnisse, verlorener Krieg und seine Folgen, Lebensmittel- und Warenmangel und Teuerung brachte es mit sich, daß der Leistungsklotz durch den Familien- oder Soziallohn großenteils erlegt werden mußte. Ohne zu dieser Streitfrage, trotz aller an dieser Stelle Stellung zu nehmen, auch gelegte werden, auf anderem Wege wäre es nicht möglich gewesen, den Fabrikarbeiter besonders den kinderreichen, die Möglichkeit zur Befriedigung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse zu geben. Mit dieser Strophe müssen sich nun die Gedanken nicht voneinander trennen, sondern auch innerlich abstimmen suchen. Oberflächlich betrachtet, ist die Ungerechtigkeit, wenn für die nämliche Arbeit ein ungleiches Lohn geahabt wird. Aber dem Grundsatze "Für gleiche Arbeit gleicher Lohn" steht das Recht zum Zweck. Da es aber nun nicht möglich ist, bei der Befriedigung des ersten Grundsatzen dem zweiten und letztem Rechte zum Leben bedarf zu entsagen, hatte letzteres dem anderen

vorzugehen. Unergehm mag dieses dem Leser gewiß nicht sein. Dieses innere Widerstreben kann aber nur durch den lebendigen Willen, das Gemeinwohl dem Egoismus vorangehen lassen zu wollen, überwunden werden. Leute, die hierzu die sittlichen Kräfte nicht aufbringen können, werden auch niemals fähig sein, willksam an der Neuordnung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erfolgreich mitzuverarbeiten. Dem genauen Beobachter fällt es weiter auf, daß die nämlichen Leute höchst ungebildig werden, wenn der von ihnen vertretene Grundsatze des Leistungslohnes Anwendung in den Fällen findet, wo er ihren Wünschen nicht entgegenkommt, bei der Abstufung des Lohnes nach den Leistungen, Fähigkeiten nach Bildung und Verantwortung. Lediglich von diesen Gesichtspunkten den Lohn bemessen, würde manchen tüchtigen, gelehrten Arbeiter, der durch seine Vollmaße zu erschende Qualitätsarbeit leistet, den dreis- und vierfachen Lohn des ungelernten Arbeiters bringen. Offenbar in der heutigen Zeit der Not eine wirtschaftliche Unmöglichkeit, aus dem Grunde auch er Opfer auf den Altar des Gemeinwohls zu bringen hat. Wieber andere sind recht unzufrieden, weil bei der Lohnabstufung die zuvorgelegten Dienstjahre, oder das Lebensalter, nach ihrer Ansicht entweder zu viel, oder zu wenig berücksichtigt ist. Dabei kann ein jeder recht schwerwiegende Gründe für seine Ansicht ins Feld führen.

Eine glückliche Lösung aller dieser Fragen, der notwendige Ausgleich der vielfach sich widersprechenden Interessen, ist aber aus die Dauer nicht möglich, wenn nicht der Gemeinschaftsgedanke einen jeden einzelnen sehr stark beeinflußt. Nur so läßt sich ein billiger Ausgleich schaffen und die Gewerkschaftsbewegung befähigen, dem Gesamten zu dienen.

Wie es hier in einem verhältnismäßig kleinen Kreise notwendig ist, Rücksichten walten zu lassen, so geht es auch in der Volksgemeinschaft. Auch hier sind innere Gegenkräfte zu überwinden, wenn ein Erfolg für's Ganze erreicht werden soll.

Durch Krieg und Friedensvertrag sind wir als Volk total verarmt. Jirka 80 Milliarden Mark Goldwerte haben wir den Siegern gezahlt und weitere 132 Milliarden werden verlangt. Kein Lichtstrahl durchzieht die deutschen Wolken, der uns noch Hoffnung auf sonnige nationale Tage geben könnte. Außer geilen Worten, nur der Gerechtigkeit zu dienen, haben wir von den Siegerstaaten nichts zu erwarten. Jede neue Note, jede neue Verhandlung erbringt neue, oft unsinnige Forderungen. Vom Auslande ist für uns nichts anderes, als der Wille anzusehn als Volk und Nation zu vernichten, zu erwarten. Die Teilung Österreichens, die

Forderung nach Errichtung der Deutschen Werke besagt mehr, wie Bücher schreiben können.

Im Innern des Landes triert der Egoismus, die Gewinnsucht wahre Orgien. Trost Steuergesetz, trost Wuchergesetz eine Häufung des Besitzes, ein Schlemmerleben auf der einen, bittere Not und Elend auf der andern Seite. Dieses hemmungslose Streben nach Gewinn und Besitz, nach Macht und Einfluß scheint auch unser politisches Leben zu ergießen. Von den Extremen von links und rechts ausgeschieden, bringt der alles zerstehende Plamonismus immer mehr den Mittelpunkt zu Kleinlichkeit. Parteidogma droht uns um die Früchte der politischen Neuordnung zu bringen. Steuerdeut, Erbitterung wegen des Verlustes der ehemaligen politischen und wirtschaftlichen Vorrechte auf der einen, der feste Wille unter allen Umständen eine nach Parteidogmen und theoretischen Grundsätzen aufgestellte unmögliche Wirtschaftsordnung aufzustellen, auf der anderen Seite würdigen den Parlamentarismus oftmals zu einem zivilen Hünneschenschlösser herab. Eine Regierung zu bilden, die von dem letzten Willen der Mehrheit des Volkes getragen wird, ist unter diesen Umständen nicht möglich. Deshalb kann auch heute keine Regierung nach innen den Geschäftsvorführern den starken Arm der Staatsgewalt zeigen. Ordnung in Handel und Wandel herbeiführen, noch die ungerechten, zum Teil unsinnigen Ansprüche des Auslandes seit und bestimmt zurückweisen.

Was uns heute in Deutschland fehlt, ist trotz der Dukten von Parteien, die Partei der Gutgesinnten. Eine Partei, deren Anhänger endlich, wenn auch nur durch böse Erfahrungen, zu der Überzeugung gekommen sind, daß nicht der kleinliche persönliche oder Standesegoismus, sondern nur der Gemeinschaftsgedanke, der ernste Wille der Gesamtheit und damit dem einzelnen zu dienen, uns einer besseren Zukunft entgegen zu führen vermag.

Zum Jubiläum der "Deutschen Arbeit" 1919 wird in einem Artikel die Frage gestellt: „wo ein neuer sozialer Menschheitstyp zu finden sei, der imstande wäre, ein höheres Ideal vorzuladen, und demselben, unsäglichen Opfern zum Trost, treu zu bleiben.“ Der Verfasser glaubt diesen neuen Typ in der christlichen Arbeiterbewegung zu erkennen.

Im Novemberheft der nämlichen Zeitschrift aber heißt es in einem Artikel „Fördern, die zerissen“:

„Es fällt mir fast schwer — mag es eine schwache Stunde sein —, meinen Glauben freudig zu teilen. Früher war's anders. Pianderien nicht einmal vor 17, 18 Jahren

schule jenseits gesellschaftlicher  
und sozialen Kästchens, um die stolze Erneuerung  
zu können? Gibt uns nicht der Gedanke nur allem Niedrigen und  
Gemeinen verbunden mit den Lehren der  
Bergpredigt und der Liebe zu unjetem  
Volke, den großen Impuls für eine christliche  
Arbeiterbewegung rupp-auf, rupp-ab  
zu laufen? Wie sieht's demgegenüber heute  
bei der übergroßen Mehrheit „unserer“ Ju-  
gend aus? Ach, so kluge Rechner und Mühl-  
sichtspolitiker, wie sie, waren wir damals  
nicht.

Gerrissene Höden. Vielleicht deshalb, weil  
sie auch bei uns zeigten.“

Tatjohl. Rücksichtsgewerkschafter sind  
wir zum großen Teile geworden. Die arbeits-  
willige Hingabe an das Gute und Ideale ist  
so manchem abhanden gekommen. Wohl mag  
die heiliche und leibliche Not, das böse Bei-  
spiel der anderen Staaten und der Arbeits-  
kollegen in keiner Richtung ihr gut Teil dazu  
beigetragen haben. Aber eine Gnade und  
gunst ist dieses nicht.

Bei aller Schärfe des Kampfes, den wir  
um die Existenzmöglichkeiten, um einen gerech-  
ten Anteil an den wirtschaftlichen und sozi-  
alpolitischen Gütern zu führen, bewegen wir  
vergessen wir aber nicht, daß aus der gute  
Willie von allen, — aus nun uns — dort  
ausgeführt, uns besseren Zeiten entgegenzuh-  
alten kann.

## Um Abgrund.

Das Pfund Margarine kostet vom 15. No-  
vember ab 30. M. Das Schuhstück ab 43.  
M. Dicke beiden Zahlen liegen uns  
mehr wie viele Worte, das wir uns mit  
unreiter Willenskraft am Abgrund bewegen.  
Hierüber kann uns auch der kleine Goldstaat  
noch in Sachlichkeit, Handel und Handwerk  
nicht hinwegtäuschen. Die „Geldwirtschaft“  
beträumt die Visionen für die gegenwärtigen  
unabsehbaren Zustände in gewissenfund-  
liger Form den Rauten hier zu machen  
und weicht.

Die kleine Wirtschaftsseite ist eine  
Karte der katastrophalen Ver schlechterung  
unserer Wirtschaft. Wir erinnern uns, daß es  
im Sommer dieses Jahres auf den Anfang  
gewunken wollte, als ob es zu einer Stabi-  
lisierung des inneren Wertes des deutschen  
Mark keine Möglichkeit gäbe. Monatelang zählte man jähr  
einen Dollar ca. 60 M., was einem Kapitalis-  
mus von 7 Goldpfennigen gleich! Papier-  
mark entlornt. Leider war dieser auch schon  
recht ungünstige Stand nicht von langer  
Dauer. Verschiedene Umstände wirkten zusam-  
men, die Anfang September d. J. zu  
einem erheblichen Aufstieg der Mark führten.  
Vor allem war es die am 21. August  
fallende Auflösung der ersten Goldauktion  
durch das Reich, die auf dem Papiermarkt  
zu schweren Erschütterungen führte.  
Deutsche Spekulation — eine faszinieren-  
dem Reize die diese Aussage aufs äußerste.  
Leider sind wir in unserer Finanzwirtschaft  
über den Stand des Schuhmachens noch  
immer nicht hinausgekommen, so daß der  
größte Teil der zu leistenden Geldmilliarde  
auf dem Wege des Pumptes aufgebracht  
werden mußte. Edelmetall sich im Inland er-  
hebliche Vorräte an Devisen beladen, doch  
haben unsere Herren Spekulanten fast alles  
daran, diese herunterzurücken, so daß das  
Reich genötigt war, eindrückliche Auslastungs-  
käufe in Unruhen zu nehmen.

Der 1. war ein sehr unheimlicher Moment für die fortlaufende Geldentwertung  
zu geben. Insbesondere da marginale Ver-  
trakte der deutschen Geldkreise in die

Rückentafel ihres Betriebes machte  
auf das Landvolk einen noch härteren Ein-  
druck. Der Aufstand begann nachzugeben,  
und jetzt kam das Unheil mit Ausmaß-  
herzen.

Wer unvergänglichen Verlust wird diese  
Stadt unjener Zeitnahme in den Kanalen  
der deutscher Geldzüge bestimmt verzeichnet  
bleiben, als die Zeit, in der eigene Volks-  
genossen des getrennten Gewinns wegen ih-  
rer Heimat mit Gewalt zugrunde zu ziehen.

Der Beginn des Weltkrieges löste an den  
deutschen Volken eine geradezu wahnsinnige  
Spekulation aus. Es begann eine unge-  
meine Spekulation a la banche, d. h. in die-  
sem Falle eine Spekulation auf den Ruin  
Deutschlands. Eine riesige Nachfrage nach  
auslandischen Devisen, die ja nur ein be-  
sonders ungünstiges Angebot gegenüberstellt, drückte  
den inneren Wert des Mark von Tag zu Tag.  
Ungeliebte Summen wurden von  
deutschen Geldleuten in ausländischen Pa-  
pieren angelegt, deren in Papiermark aus-  
gedrückter Wert ja von Tag zu Tag fiel  
und dem Besitzer eine Extrarente abwarf.  
Riesenhafte Gewinne wurden so erzielt.  
1000 Taler konnte man vor drei Monaten  
noch für ca. 8000 L. kaufen, heute reicht  
man ca. 20.000 Mark dafür, was einer  
Verzinsung von ca. 1200 Prozent entspricht.  
Die natürliche Folge dieser ungemeinen  
Wertminderung des deutschen Gelbes war  
eine allgemeine Flucht vor dem Mark. Kein  
Geldmeister möchte mehr dieses Geld in den  
Händen behalten, dessen innerer Wert je  
von Tag zu Tag sinkt, sondern lädt es in  
längstvorher bereitgestellte anstauungen, in  
Kästen oder Safe unterzubringen. Niemand  
möchte bitten, die hierdurch natürlich er-  
hebliche Kursschwankungen erlauben.

Unterall in den bestehenden Kreisen  
Deutschlands wurden so gewaltige markt-  
tative Gewinne erzielt. Der Fall der Gu-  
twill-U. S. A. die ihren Geldstöcken ein  
Gesamtwert im Staate von 1000 Millionen  
einzuwirken, d. h. dem Besitzer einer Aktie von  
10.000 M. 150.000 M. schenkte, ist nicht mehr  
als ein bloßer Beispiel. Ein Berliner an  
der Börse war bei dieser ganzen Lage denn  
doch so gut wie ausgeschlossen, und es kann  
wirklich nicht verwundern, daß immer mehr  
Kreise im wahnwitzigen Gewinnstreit  
ihm dem Börsenspiel zuwandten. Die Börsen  
hatten Lustzeit zu bewältigen, wie noch nie.  
Die Masse des Geldes war einfach  
nicht mehr zu bewältigen. Verdienst, verdienten  
verdienen, das war die Vision.  
Kein Mensch aus diesen Kreisen zögerte  
nach nur einem Finger, um der deutschen  
Geldwirtschaft hellend beizutreten. Und  
an Mitteln dazu hätte es nicht gefehlt. So  
berichtet ein gewiß unverdächtiges Blatt, die  
„Berliner Morgenpost“ vom 29. September,  
daß noch vor letzter Zeit einige deutsche  
Bankiers, welche der ersten Berliner  
„Frankreich“ in London erschienen seien,  
um die Münzenmeile eines englischen  
Schatzhauses einzuladen und sonst in den  
Prosa von 2 Millionen Pfund 50 Millionen  
Groschenmark über 100 Millionen Papier-  
marken, den sie sofort in bar zu zahlen bereit  
waren. — Ein kleines Beispiel, das für sich  
allein spricht und als ewiges Totum für die  
„Vaterlandsliebe“ erster Berliner  
Finanzkreise festgehalten zu werden versucht.

Die Folgen dieser ganzen Vorstufen ma-  
chen uns die Fortsetzung des deutschen Staates  
einfach frustrierend. Da der deinen Papier-  
marken so leichtestens immer weiter, das  
Vorfeld läuft vor mir.

Es ist eine Art der Begegnung, die mich auf  
dem deutschen Pfund-Geschehen mit al-  
lem drückt, was ich nicht will. Sie ist in der  
Folgerichtigkeit wie das „Werk der Unter-  
stützten“, hier an die Weltmarktpreise ge-  
lehnt.

Langsam in Erfüllung gegangen. Wie auf  
geringe Seite war die Gewinnwirtschaft um-  
gestellt worden, und im gleichen Maßstab  
zogen die Völker nach Europa eine immer  
höhere Zensur auf Ausnutzung an die  
Weltmarktpreise, die sie zum Teil auch er-  
teideten.

Die fortlaufende Geldentwertung kam  
nun in einer fast augenblicklichen Steige-  
rung aller Preise, insbesondere des Lebens-  
mittel, zum Ausdruck. So profitierten von  
Sinn der heutigen Wirtschaft nicht allein die  
Sparten, sondern auch die Industrien, die  
Landwirtschaft und die Handwerke, die mit den  
Preisen ihrer Produkte mit der Wirtschaft  
vergleichbar Echtheit hielten.

Aber, Gewinn, Gewinn und abermals Ge-  
winn, wogin man nur schaut. — Wer aber  
findet die Verdienstenden? Denn wo bei  
Winn, da muß auch Verlust sein. — Da ist  
vor allem einmal der Staat, der bei im wes-  
entlich gleich bleibenden Steuerraten  
nur infolge neuer Preis-, Lohn- und Ge-  
haltserhöhungen immer tiefer in die Schul-  
den eingetaucht. Und dann sind es die  
breiten Schichten der Lohn- und Gehalts-  
empfänger, deren Einkommen den anstei-  
genden Preisen überhaupt nicht, aber nur  
höchst unzureichend zu folgen vermag.

Die unauslösbare Folge ist eben eine  
weiterende Verelendung dieser für den  
Wohl des Vaterlandes wirklich verant-  
sprechenden Schichten. Tonach aber steht kein  
Hahn!

Sa, Ich kann ich es mit Deutschland gewon-  
nen, und noch idiotischer kann es kommen.  
Ein Beispiel seien wir: Österreich. Was  
vor einem Monat das Organ der christlichen  
Arbeiter von Tirol „Der Arbeiter“ ausschreit,  
über die österreichischen Verhältnisse  
sicher, das gilt heute kein Wort für Wohl  
für Deutschland.

Statt alle Lebensmittelzuckerer, Schi-  
der und Salzfabriken zufriedenlos zu er-  
kämpfen oder aufzugeben, wie wir es ei-  
gentlich erwartet haben, geliefert man sie in  
den Industriewirtschaften eines kleinen  
Teiles der Leistungswellen durch armes  
Lohn- und Gehaltserhöhungen glücklich zu  
machen. Aufsatz die Macht des Werkes, die  
Wache in jeder Stunde geschützt, gab  
man das arbeitswillige Volk seinen arbeits-  
scheuen Gaumen preis, die auf die Dumme-  
heit der Elitären und Sterbigen speziali-  
siert, aus dem gewaltigen Sturm der  
Revolution lievelhafte Freiheitler gewannen.  
Und dies Subsistenzstreben auf der einen  
und sinnlose Reaktionssammlung auf der an-  
deren Seite hat das junge Leben auf  
Gründe gerüttelt.

Nicht vergessen aber darf werden, daß  
die Entzene durch ihre anfänglichen Verderbun-  
gen und Schäfte, von denen wir einige  
genannt, Teilung Österreichs, Verlustung  
der Deutschen Weise, Verlustung Deutsch-  
lands mit einem Weltkriegsbeispiel, das über  
100 Milliarden von Papiermark kostet, als  
die Rohbedarfsarten für die Gewerbe  
deutsch destruiert, zerstört, zerstören.  
Die Folgen davon stehen eben an der Ober-  
seite mit knapp in den Fingern. Aber es ist  
es hier der Volk der die Toten zu tragen  
hat, sondern die die te. Wale des  
Vorles. die durch Not und Elend in der  
einer bisher unbekannten Arbeitstotigkeit  
die Stunden ihrer Vaterlands bis an

Wo in man also direkt Gott über Gott  
für ersteres Volk. Freude in Frei-  
heit, wenn wir draufen, ist in Europa. Ein  
aber sich diese Brüder übergetötet und  
gelebt ist man über innere Welt und der  
Punkt. Die Männer von und Karo, die  
den eigenen Volk, zionieren mit den  
niedrigen bildeten Feinde arbeiten, der  
sich an zu viele Leute. Und das Meiste des

ne dazu freibt, ist nichts als die schmiedete  
Sogenanbung;

So herrlich weit ist es also auf der Welt gekommen, auf der Welt des Kapitalismus, den man bei seinem Er scheinen als den Herrn der Erde und Land rief, als den Erbauer der Freiheit von allem bisherigen Leben und Tod sei. Und wohin hat er uns geführt? — zur Herrschaft des Gewinnstrebens, dieser miserablen Sklavis am Baume des Kapitalismus. Wie gut es vermecht, der Menschheit endlich die Augen zu öffnen. Wer heute von seiner Geistigung und von solchem System noch eine Fertigung erhofft, der ist entweder ein Narr oder ein weltreisender Schwätzer.

## **Unsere neuen Geitäge.**

Zu der Einführung des neuen Beitrags- und  
Feststellungsgebühre im Verbande, die am 1. Jan.  
1922 in Kraft treten sollen, sind nun eine  
gewisse Anzahlungen zugetragen. Ein Kollege  
wollen Namen wir aber nicht nennen wollen, ist  
ganz erstickt und leidet unter anstrengem. Der  
Verband will wohl auch zu den Blücheren geben,  
wenn er in der höchsten Stasse das aktuelle Pro-  
bildungsbeitrags verlangt. Allerort andere re-  
flören sich für ihre Version" für den neuen Be-  
trag, aber — aber die anderen. Es ist gewis-  
selnlich wenn verschiedene Vorstände ver-  
hören die Gruppierungen vor Schülern zu  
kennen. Bei richtiger Ausführung der Bild-  
stelle ist dieses aber gar nicht zu befürchten,  
wenn nur der Verband künftig den von den Kol-  
legien bestimmt hat. Er kann die Bildung der Bildungs- und  
Feststellungsgebühren überzeugen läßt.

„Sie lieben Menschen nicht über die meisten Dinge hinaus, die Sie haben. Sie haben ohne jedoch Erfahrung aus.“

Wahrscheinlich geben wir einiges im Künftigen  
Spiel.

## Gesamtwertung und neue Weitwelt.

aber selbst hört man keine in Mein- und Meinungskreisen das  
selbe, daß alles was wir Leben wollen sei  
dem Kreis gegeben ist, daß man ohne eine  
Lebensbedingung nicht mehr auskommen könnte  
als gegen diejenigen, die sich der  
Lebensbedingung "Kreis" annehmen. So ist  
zum richtigen und robusten gesellschaftlichen  
Fühlung, wenn die Moral- und sozialtheorie  
an dem Standpunkt stehen, daß am Rauta-  
gungen die reine "Lebensbedingung" als Kriterium auf  
der Organisation ist. Die gesellschaftlichen  
Organisationen werden heute die verant-  
wortliche Verantwortliche und dem gewünschten Gelt-  
wert entsprechen, dann vor selber die Beiträge zu  
seiner Wirkung. Da die Rechte für die Gemeinschaften  
nicht verordnet? Wenn die Rechten sind  
durch den Gesetz geprägt? Wenn andere gleichzeitig, doch ge-  
wisse Disziplinen Mittel des, die sich um weissen  
zu erhalten, den besseren Beiträge zu herstellen  
sind. Anforderungen an die Gemeinschaften  
sind so bestimmt sind. Beider Sonnen-  
und bewahren die soziale Erziehungsfähigkeit  
so werden wie man es gewünscht hat.  
Die Freiheit ist Tag und Nacht in Einklang  
mit der Tugend. Welche Tugend ist das? Dieses  
ist die Tugend, die kann nicht die Seele  
heilen, was es ist. Wehe und Schrift! O Seele  
wieder jenseits Heiligtum, in dem noch nichts  
geheilt ist. In der Gemeinschaft, die man einst  
heilte, ist sie nun ein Verbrecher! Wieso  
ist sie ein Verbrecher? Der Verbrech-  
er ist der, der in einer Form und  
in einer anderen Form, in einem oder  
in einem anderen Form, in einem oder  
in einer Form, über jenseits der Um-  
gebung leben will, ohne von dem ge-  
wünschten werden. Der Mensch sollte aber  
nicht, da er nicht in der Form, die er

zulösen. Ich kann vielmehr meine Arbeitskollegen nicht verstehen. Wenn alles im Preisaus-  
steiger und teurer wird, dann müsste der Verband keine Beiträge herabstellen. Wissen denn die anderen Kollegen nicht, das sie selbst den Verband darstellen? Mit der Verbands nicht die Volks-  
Art und Sprache! Würden die Arbeitenden ihre leuer verdienten Brodchen allmägen so ver-  
billigt, als wie ihre Beiträge. Ich würde es besser  
um uns. Wenn nun seit einem Jahr keine Be-  
traagsabhandlung vorgenommen wurde, so ist das  
der Fehlstand der Verbandsleitung. In dem  
welche in rechter Weise die wirtschaftliche Not-  
lage ihrer Mitglieder zu würdigen müsste. Sölen  
wir als Mitglieder diese schwere Aufgabe, indem  
wir freudig dieses kleine Oster unter dem Ver-  
bande bringen. Rude, böselein, nicht absto-  
ßen sondern frisch und fröhlig ans Werk!  
Wenn wir alle als Mitglieder in die Sache auf-  
treten, dann sind wir als gute Gemeinschaft  
einen gewaltigen Schritt weiter.

### Zur Beitragserhöhung

**Cap. III** eine alth-kantie- und dem Ge-  
wesentlichkeit nicht neue Zuladche: Eine Ge-  
werkschaftsbewegung, die ihre Aufgaben, die  
sie sich selbst hat, nöthiglich die Verbesserung  
der sozialen und Arbeitsverhältnisse, die motorische  
und kulturelle Förderung der Arbeiterschaft, er-  
füllen will, kann sich dungen können auf zweit  
Kreis. Nur bedeutende Mitgliederorganisationen  
und alte Kassenverhältnisse.

Bei der Summe von Nutzern war der Achse-Denomination und auch unter Verbündeten keinem auf keinen der beiden verübt werden kann. Das eine ist so notwendig wie das andere. Nun haben aber in der Rechtsseitigkeit die Verbündeten willkürliche Ressorten für Lehrer zu verzeichnen, der Kultusverhältnisse verschoben. Während vor dem Krieg unsere Schulegen unablässigen Stundenlohn als Vorbereitung beschränkt hatten, ließ sich ein durchaus zahllos Vertragsverbindungen eingehen mit denen sollte sie den militärischen Rumpf auf lange Zeit versorgen werden.

Die Nachkriegszeit brachte eine gewaltige Erweiterung des Mitgliederzahlen undes Vereinshandes. Neue Probleme wurden auf, um Parteipolitik brachten neue Wirtschaftsformen. Zu gleicher Zeit fand aber immer bei wirtschaftlichen Prozessen der Auswirkungen auf die Kreuzschulen eine heftige Kritik und Entwertung statt.

Die Teneruna oder Fabrikarbeitsfelde lieg am  
dort in die Münden der Rohn mache mit zwöl-  
fzweiundsechzig Arbeitern wenn man im Februar und  
in der Familie auskommen wollte. Das Unter-  
nehmen kommt immer darunter zu stehen  
an Kosten der Untereinkommen eines Arbeiters nach  
dem Arbeitertarif nicht von Mordt an-  
genommen — aber der Fonds der Gewerkschaften bei  
der Errichtung berechneter Arbeitersatzes  
dienen sollte dlich höher. Der Verbrauchsteuer  
hat sich Verdopplung des Portogewiss nicht sum-  
men verloren. Aus dem Zündenlohn ist ein  
Drittel — oder vierzig Stundenlohn geworden.  
Was wird nicht ob man der deutschen Wirts-  
chaftsverborgung einen archetzen Formwurf machen  
kann als es der ist das die Wirklichkeit in beweg-  
auf die Vermeidungssituation des Verbandes  
nicht wirtschaftlich genug denken. Amor hat  
unter Bertrand im Jahre 1899 ein strohes Kapit-  
vermögen gehabt aber im Vergleich zur Vor-  
treträigkeit ist es jetzt geworden. Erdessen durch  
die Teneruna bedingten Ausgaben handeln nicht  
die Einnahmen anstrengen den denen ein vor-  
sichtig wirtschaftender Gewerkschaftler hätten be-  
haupten können daß sie ihn auch nur ungähnend  
berechneten. Daran könne ich auch die achtent-  
lichen geringen Beitragsabhandungen nicht  
entfernen. Götzen wie aus der Summe der Aus-  
gaben nur einmal die für das Fabrikantenamt  
beraus. Die Preisesteigerungen für Papier  
Druck Verpackung usw. schwellen von Vierteljahr  
zu Vierteljahr in die Höhe. Alle andern Aus-  
gaben stiegen in gleichem Maße. Die Verbands-  
beiträge aber konnten den Weg zu einer der  
leider entsprechenden Höhe abstoßen und nicht  
hindern.

Stand n. In Pethingen das Verhandeln und  
Geschenken zu nicht einem Verbot insa. Ich  
möchte die Zustände wohl bedenkt haben  
und wenn der Zeit ein großer wirtschaftlicher Übelstand  
anberaumt kommt, so ist das kommen und da  
gerade die eine lange Zeit nur eine sehr schlechte  
Verhandlung über den Fallungen einen leisen Wind  
holt es sich an in der That ist. Der Kampf um  
den Foden ist auch lange nicht beendet, es steht

in der Zukunft zu einem der bestimmendsten Themen werden. Die Unternehmer müssen zusammen, um sich gesetzte Macht paraderieren zu können. Zahlen und Kräfte liegen da, von deren Größe sich die meisten Kollegen überzeugt vorstellen mögen.

Und die Gemeindearbeiter und Straken-  
bahner?

Wie wölkten Sie ohne den Stützpunkt eines starken Verbandsvermögens marschieren können? Wie auch in Zukunft mit der gleichen Energie wie in der Vergangenheit Ihre Interessen wahrum vertreten können?

Wenn das geschehen soll, wenn unsere Kollegen nicht wirklich gegen alle Stürme der Zeit gerüstet sein will, wenn der Verbund nach jeder Seite hin leistungsfähig sein soll, dann müssen unbedingt eine stärkere Stützung unseres Verbundes vorgenommen werden.

Die behutsame Revordnung bedeutet gewiss einen guten Fortschritt, aber vollständig bedecken kann diese nicht. Wie sind von unteren höher vertretenen Kreisgruppen, einer Studentenloge als Hochzeitsgesetz zu schaffen, noch wort enthalten und wie müssen uns da von unseren anderen christlichen Bruderschaften beklagen lassen, die wie z. B. der christliche Holzarbeiterverband in der 1. Klasse 10.— & in der 2. Klasse 9.— stehen.

Unterschriften der Arbeiterchaft, die Rb. steht mit aller Energie für die Ausbreitung und Sicherung unseres Verbands eintritt, weil das Betriebsverhältnis hinter nothwendig ist. Es allein ist alle Kraft aufzumuntern um das Verhältnis wie in Vergangenheit, so auch zu Zukunft leistungsfähig zu erhalten zum Wohle des arbeitenden Volkes.

**Reisemonteurvertrag**  
**Die Komplette Straßenfahrt**

Um Reichsamttautstetzung für die Gemeindearbeiter ist die private Vereinbarung eines belohnenden Reichsamttautstetzungsvertrages für das Jahr 1925 im Interesse der kommunalen Straßenbahnen vorbehalten. Damit läßt sie abweichen von dem Vertrag, welchen nicht im Rahmen des Reichsamttautstetzes für die Gemeinden. Zum Teil haben auch die Gemeinden jedoch das Rechte, sonst in den bestehenden Tarifvertrag einzubringen. Eine einheitliche Verbundung ist aber bisher nicht erzielt. So ist aber auf die Dauer ein unbillbares Junktur des Rechtersetzungsvertrags unter den Gemeindetautstetzungen zu stellen, zum Teil so aber davon auszukosten. Eine Rüdung erscheint um so mehr notwendig, als es im Tarifvertrag steht: „ Bis zum Abschluß dieses belohnenden Tarifvertrags unterliegt Vieles Verfugung dem bisher für die Straßenbahnen geltenden dritten (Viertel) Rechtersetzungen.“ Diese Sitz wurde von den Gemeinden so ausgelegt, daß die günstigeren Rechtersetzungen des Gemeindetautstetzes, die beim letzten Abschluß erzielt werden waren, zum Beispiel 50 Proz. Zuschlag für Sonntagsarbeit, Durchbearbeitung der Wochenstetzungen für das Jahr 1925 nicht in Betracht kommen.

Se haben bereits zweimal Verhandlungen stattgefunden, am 25. und 26. November 1923 in Weimar und am 14. und 15. Februar 1924 in Charlottenburg. Die jeweils Verhandlungen fanden am 14. und 15. November ebenfalls im Charlottenburg Rathaus statt. Es lagen zu diesen Verhandlungen drei Entwürfe vor und zwar einer vom Arbeitgeberverband, ein gemeinsamer von Gemeinde-, und Staatsarbeiter- und unlegten Verbänden und einer vom Deutschen Transportarbeiterverband. Die Verhandlungen gestalteten sich auch diesmal wieder, wie auch die früheren, sehr körnerig. Nach dem Entwurf des Arbeitgeberverbandes wie auch des Deutschen Transportarbeiterverbandes sollte sich der Vertrag erledigen nicht nur auf das Abberufen festsetzen auch auf eine Kündigung im Verhältnis

Betriebsdienst berichtigt Personal, ausschließlich des Werkstattpersonal. Wie der Verlauf der Verhandlungen zeigte, würde es aber für diese Kollegen nicht von Vorteil sein, sie aus dem Gemeinderat herauszunehmen. Besonders heftig umstritten war die Frage der Regelung der Arbeitszeit, der Pausen, des Vorbereitungs- und Abschlußdienstes zur Dienstlichkeit und der zu bezahlenden Zeit bei Zugreisungen, ebenso die etwaige Entschuldigung der Dienstkleidung. Bezahlung eines Zuschlags für Sonntagsarbeit, die Bezahlung der Wocheneiertage, die Regelung der Überstundenbezahlung und die Rechte der Betriebsvertretung. Über diese Fragen konnte eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden, sodass dieselben sich nicht dafür einigen konnten, dieses Ergebnis zu akzeptieren. Die Entscheidung liegt nunmehr bei den einzelnen Verbandsstrukturen. Nach alledem erscheint es allerdings fraglich, ob dieselben ihre Zustimmung geben werden.

## Der neue Lohntarif der Eisenbahnen.

Zum Anschluss an die Verhandlungen jmodas Neuregelung der Beamtenbeoldungsordnung fanden auch Verhandlungen über die Neuregelung der staatlichen Arbeitserlöse statt. Da bei der Abrechnung der Höhe der Gemeinderbeiter und Straßenbahner die Höhe der staatlichen Arbeiterlöne nicht ohne Einfluss ist, geben wir hierzu zur Information für unsere Kollegen nachstehend wieder.

Der neue Lohntarif ist gegliedert in acht Lohngruppen und 5 Ortsklassen. Außerdem ist eine Sonderregelung in 10 Stufen entsprechend dem Lebensalter von 15 bis 21 Jahren vorgesehen. Das weitere teilt sich der Gemeinderöhn aus Grundlohn und Teuerungszuschlag zusammen.

Hieranbei beträgt der Höchstlohn (Grundlohn und Teuerungszuschlag) für Arbeiter über 21 Jahre pro Stunde:

### Lohngruppe:

1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Ortsklasse A:</b>							
.4	.4	.4	.4	.4	.4	.4	.4
<b>8,90</b>							
8,70	8,50	8,20	8,00	7,80	7,60	5,20	
<b>Ortsklasse B:</b>							
6,50	6,30	6,10	7,80	7,00	7,40	7,30	4,90
<b>Ortsklasse C:</b>							
6,10	7,90	7,70	7,40	7,20	7,00	6,90	4,00
<b>Ortsklasse D:</b>							
7,50	7,40	7,20	6,90	6,70	6,50	6,40	4,20
<b>Ortsklasse E:</b>							
7,10	8,90	6,70	6,40	6,20	6,00	5,90	3,80

In diesen Gesamtlöhnen ist ein Teuerungszuschlag für alle Lohngruppen gleich in der Ortsklasse A von 2,40 M., Ortsklasse B von 2,20 M., Ortsklasse C 2,00 M., Ortsklasse D 1,80 M. und in der Ortsklasse E von 1,60 M. enthalten. Die Lohnsteigerung ist ebenfalls in allen Ortsklassen und in allen Gruppen, mit Ausnahme der jüngsten, gleich und beträgt vom vollendeten 18—21 Lebensjahrzusammen 1,40 M. wöchentlich pro Jahr. Um den Lohn eines Arbeiters, der noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat, zu berechnen, ist daher von den in der Tabelle angegebenen Höchstlöhnen für jedes lebende Jahr ein Beitrag von 20 % in Abzug zu bringen.

Einkünfte für Jugendliche unter 18 Jahren nur gelebtes Abweidungen können hier unberücksichtigt bleiben.

Zu diesen Lönen kommen noch die Kinderzulage. In dem neuen Tarifvertrag wie in den Ausführungsbestimmungen, sind gewisse fest-

gelegte Richtlinien für die Kinderzulage gegeben, die wir, weil sie ein ethisches Interesse für unsere Mitglieder haben, im Wortlaut hiermit genannt lassen:

1. Die Arbeiter erhalten für jedes unterhaltungsberechtigte Kind bis zum vollendeten 21. Lebensjahr einen Zuschlag von 6,10 M. für jeden lohnberechtigten Tag, in einer Lohnwoche jedoch für nicht mehr als 6 Tage. Der Zuschlag wird auch bei angebrochenen Arbeitsschichten zum vollen Betrag gezahlt.

2. Der Kinderzuschlag wird für Kinder vom 11. bis zum 21. Lebensjahr nur gewährt, wenn sie nicht eigenes Einkommen von mehr als 1500 Mark jährlich haben. Übersteigt das eigene Einkommen des Kindes den Beitrag von 1500 M. um weniger als den Beitrag des Kinderzuschlags, so wird der Kinderzuschlag gewährt, jedoch geringer um den Beitrag, um den das eigene Einkommen des Kindes den Beitrag von 1500 M. übersteigt.

3. Unterhaltungsberechtigt im Sinne des Art. 1 sind:

- a) eheliche Kinder;
- b) für ehelich erklärt Kinder;
- c) von Kindes Statt angenommene Kinder;
- d) Stillkinder;
- e) uneheliche Kinder, soweit der Arbeiter ihren Unterhalt bestreitet.

4. Ein Arbeiter, der als Erzeuger eines unehelichen Kindes diesem Unterhalt gewährt, erhält den Kinderzuschlag nur, wenn seine Wohträge durch Betrieb festgestellt oder in einer öffentlichen Urkunde anerkannt ist.

5. Die Kinderzulage fallen fort mit dem Ablauf des Tages, an dem das für den Wegfall des Zuschlags maßgebende Ereignis sich zugespielt hat.

Die nach § 30 BGB § 223 BGB geachteten personellen Ausgleichszulagen im Betrage bis zu 10 % in der Stunde werden ganz höhere Ausgleichszulagen zur Hälfte auf die mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 einsetzende Lohnhöhung angewandt.

In § 7 BGB § 211 ist an Stelle des Betrages von 25 % des Beitrag von 30 % und an Stelle des Betrages von 30 % des Beitrag von 30 %.

Bezüglich der Beträge der §§ 14 und 15 BGB werden höhere Vereinbarungen getroffen. (Auswandsentschädigung und Kostentnahmzulage.) Mit den nach den entsprechenden Paragraphen vom Tarifvertrag angenommenen Bediensteten ist eine besondere Vereinbarung zu treffen.

In den Ausführungsbestimmungen heißt es dann weiter:

1. Der Kinderzuschlag wird für dasselbe Kind nur einmal gewährt.

2. Der Arbeiter ist verpflichtet, Tatsachen, die auf den Vortag oder die Höhe des Kinderzuschlags von Einfluss sind, alsbald dem Dienstvorgesetzten anzugeben.

3. Wird für ein Kind, für das einem Arbeiter ein Kinderzuschlag zusteht, ein Waisengeld — gleichgültig an wen — aus Mitteln des Reichs, eines Landes, oder einer sonstigen öffentlichen Körperschaft gezahlt, so wird das Waisengeld auf den Kinderzuschlag angerechnet. Bei einem Kinde vom 11. bis zum 21. Lebensjahr wird daneben das Waisengeld dem sonstigen eigenen Einkommen des Kindes hinzugerechnet. (Beispiel: Ein fünfjähriges Kind hat 300 M. Waisengeld und darüber ca. 1100 M. b) 1200 M. c) 1100 M. = höchstens eigenes Einkommen. Der volle Kinderzuschlag ist zu füllen im Jahre im Falle a) um 800 + 1200 = 1600 M. im Falle b) um 800 + 1200 weniger 1500 = 200 M. statt dessen um den Be-

trag des Waisengeldes um 700 M. im Falle c) um den Betrag des Waisengeldes mit 300 M.).

4. Für uneheliche Kinder wird der Kinderzuschlag nur gewährt, soweit der Arbeiter ihren Unterhalt bestreitet.

Sind die tatsächlichen Aufwendungen für das Kind niedriger als der volle Kinderzuschlag, so wird nur ein Kinderzuschlag in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen gezahlt. Findet der Arbeiter das Kind durch eine einzellige Juwelen oder in ähnlicher Weise ab, so gilt als tatsächliche jährliche Aufwendung der Wert der Abfindung geteilt durch die Anzahl der Jahre, für welche die Abfindung erfolgt. Der hierdurch errechnete Jahresbetrag wird durch Teilung mit 312 auf den Tagesbetrag zurückgeführt.

Unterhält der Arbeiter sein uneheliches Kind allein und in seinem eigenen Haushalt, so erhält er in jedem Falle den vollen Kinderzuschlag.

5. Gewinnt die vorgelegte Dienstbücherei die Überzeugung, daß der Arbeiter, dem der Kinderzuschlag für ein uneheliches Kind zusteht, keine Unterhaltspflicht nicht nachkommt, so soll sie bestimmen, daß der Kinderzuschlag nicht an ihn, sondern an den Vormund des Kindes oder an das Vormundschaftsgericht auszuzahlen ist.

6. Unterhält ein Arbeiter in seinem Haushalt ein von einer Frau in die Obhut gebrachtes uneheliches Kind für das von dem Kindsnamen ein Unterhaltspflichtbetrag gezahlt wird, so wird ihm als Kinderzuschlag nur der Unterhaltspflichtbetrag zwischen dem jahrszeitlichen Kinderzuschlag und dem Unterhaltspflichtbetrag gewährt.

7. Zur Pflegeländer, für die nach den bisherigen Bestimmungen ein Anspruch auf Kinderzuschlag bestand, wird der Kinderzuschlag auch nach dem 1. Dezember 1921 nach Maßgabe des bisherigen Zeitmaßnahmen fortgewährt.

Der Lohntarif tritt am 1. Dezember 1921 in Kraft. Die §§ 14 bis hieraus ergebenden Unterschiede gegenüber den bisherigen Lönen sollen aber vom 1. Oktober ab nachgedacht werden, um aber eine möglichst rasche Auszahlung Sicherheit zu gewähren.

1. Die von Arbeitern aus der Neuregelung zu leistenden Wochentbezüge an Lohn und Lohnzulagen werden ohne Rücksicht auf einen teilweisen Ausfall an Arbeitstunden oder auf Arbeitsunterbrechung infolge Krankheit oder Urlaub mit Gehaltserteilung und Kostenabrechnung nach dem Tarifvertrag angenommenen Bediensteten und für einen Monat festgelegt:

a) für Arbeiter vom vollendeten 18. Lebensjahr an:

in Lohngruppe I auf 44 M.

in Lohngruppe II auf 398 M.

in Lohngruppe III auf 375 M.

in Lohngruppe IV auf 334 M.

in Lohngruppe V auf 323 M.

in Lohngruppe VI auf 312 M.

in Lohngruppe VII auf 312 M.

in Lohngruppe VIII auf 26 M.

b) für die männl. Arbeiter unter 18 J. 270 M.

c) für weibl. Arbeiter unter 18 J. 197 M.

d) für Lehrlinge im ersten Lehrjahr 63 M.

für Lehrlinge im zweiten Lehrjahr 83 M.

für Lehrlinge im dritten Lehrjahr 120 M.

e) für ein Kind — ausgenommen Pflegeländer — auf 125 M. (für die neuerschafften Kinder 125 Mark).

In dieser Form ist dann die gewünschte einheitliche Wirtschaftsbeobachtung abgegossen.

So etirellisch und notwendig die neue Regelung auch sei, eine restlose Bekämpfung der betriebsnahen Münche der bestehenden M. ist bei sie ebensowenig wie die legte Beamtende, ob-

durchsetzung, nicht gebracht. Alle die große Masse des Volkes kommt noch hinzu, daß die Mehrausgaben nicht von den bisherigen Einnahmen des Reiches und Staates getragen werden können, sondern in Form erhöhter Steuern und Zölle aufgebracht werden müssen. Ob der gesuchte Mehrbedarf von 30 bis 40 Milliarden zutreffend ist, muß erst die Erhebung lehren.

## Lohnbewegungen und Tarifverträge.

### Die Lohnbewegung der Kölner Gemeindearbeiter und Straßenbahner

Zum 15. November war seitens der Arbeiterorganisationen, der am 7. Sept. abgeschlossene Lohntarif gekündigt. Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zwecks Abschluß eines neuen Lohnvertrags am 9. November führten zu keinem Ergebnis. Gefordert war eine Stundenlohn erhöhung von 3 M. Erhöhung der Kinderzulagen nach der Brannenbeleidigungsordnung und eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe im Betrage von 1800 M. Angeboten von der Stadt wurden lediglich ab 15. November eine Erhöhung des Stundenlohn um 2 M. und ab 1. Dezember um 2,50 Mark. Erhöhung der Wertheitatenzusage von 58 auf 60 M. und Erhöhung der Kinderzulage von 102 auf 110 M. monatlich.

Die Angebote der Stadt wurden seitens der Arbeiterräte abgelehnt und der amtliche Schlichtungsausschuß angerufen. Am 17. November landen die Verhandlungen statt.

Nachdem die Arbeiterräte ihre Forderungen begründet, erläuterte der Vertreter der Stadt, Befehlsvorsteher Haas, selber Sekretär des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, laut „Kölnerischer Zeitung“ Nr. 218 folgendes:

„Ich erkenne an, daß durch die vorunmittelbare Erhöhung der Preise, wenn die Löhne nicht sehr schnell sohlen, die Arbeiterschaft in eine grohe Not geraten muß. Die Stadt Köln hat aber bis jetzt eine Kompromiß getrieben, der man nicht nachhalten kann, daß sie den Preisverhöhnungen nicht gefolgt wäre. Der Lohntarif hat nur eine ehemalige Rundfahrt hinter sich, daß ich den Gewerkschaften schon früher angeboten habe, den gleichenden Tarif einzuführen, das heißt, den Lohn jährlich nach der Preissenkungsunterhaltungsscherit des Normatoriums festzulegen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, trotzdem ich ausgeschlagen hatte, beim Fällen der Preise bis zu 20 Prozent nicht zu folgen, sondern die Löhne beizubehalten. Am 1. September wurden die Löhne ab 1. August um durchschnittlich 21 Prozent erhöht, trotzdem alle Statistiker Deutschlands erst eine Erhöhung des Unterhaltungsbetrages für eine vierköpfige Familie von 7 bis 10 Prozent meldeten. Die jetzt angebotene Lohn erhöhung macht auf die Löhne vom 1. August im Durchschnitt 21 Prozent aus, damit werden die Löhne gegenüber dem Januar dieses Jahres um 57 Prozent durchschnittlich gestiegen. Kein Statistiker meldet aber bisher eine durchschnittliche Stelzezung von 40 Prozent.“

Die Stadtverwaltung will auf die Löhne ab 15. November, an dem Tage, wo der Tarif ab 1. M. pro Stunde für alle Arbeiter über 17 Jahre legt, für die Wertheitaten 2,10 M. und für jedes Kind 25 M. so daß der Arbeiter mit 2 Kindern pro Stunde 230 M. mehr hätte. Dazu wollen am 1. Dezember weitere 50 M. pro Stunde für alle Arbeiter kommen. Damit würde der Lohn für den Handwerker im Durchschnitt wie folgt stehen: Verdienst pro Stunde 93 M. Lohn tarif 10,25 M. Netto verdient mit zwei Kindern 117,50 M. Der Lohn der angebotenen und angelegten Arbeiter steht um 30 und 40 M. pro

Stunde geringer. Die Straßenbahner stehen mit den Handwerkern fast gleich.

Dazu kommt für alle Arbeiter, die Uniform tragen, besonders für die Straßenbahner, vollständig freie Dienstkleidung, für die Arbeiter, die besonders schwere Arbeiten verrichten, freie Arbeitskleidung. Die Arbeiter behaupten, in der Privatindustrie werde wesentlich mehr verdient. Ich bestreite das ganz beharrlich, wenn man zum Vergleich die Pohnarbeiter heranzieht, die wirklich zu einem Vergleich mit den hütischen Arbeitern herangezogen werden können. Ferner behaupte ich aber auch, daß in der ganzen Privatindustrie nicht ein einziger Arbeiter ist, der die sozialen Einrichtungen hat, wie der Arbeiter der Stadt Köln.

Wenn ich hier Ausschreibungen machen möch, die den Arbeitern nicht angenehm sind, so deshalb, weil der Schlichtungsausschuß objektiv zu prüfen hat, und ferner, weil die Gewerkschaften bei der Stadt Köln aus reinen Agitationsgründen nicht den Mut aufbringen könnten, den Arbeitern das zu sagen, was nach seiner Meinung wäre.“ entschieden ab. Diese Worte haben wir schon damals erfüllt, als Herr Haas noch als Sekretär der freien Gewerkschaften mit beiden Buden ins Freie blies, und als Stadtverordneter Reden zum Fenster hinwurft, wodurch allerdings unsere gewerkschaftliche Erziehungsarbeit wesentlich erschwert wurde. Wie weit es obige Worte mit Recht gegen seine Gewerkschaften gerichtet waren, kann man nur untersuchen. Ist nicht unsere Sache. Jedenfalls sollte man von einem ehemaligen Gewerkschaftssekretär verlangen können, daß er den guten Willen der Gewerkschaftsführer, die ehrlich gewillt sind, Realpolitik zu treiben, nicht zur Freude aller Scharfmacher in aller Öffentlichkeit verdächtigt, oder aber verzweigt, die ehrliche Bestrebungen, die betreffenden Gewerkschaften in nicht geradezu nobler Weise für sich auszunutzen.

Der Schlichtungsausschuß füllte nach langer Beratung folgenden Schiedsentscheid:

1. Für Arbeiter über 20 Jahre ab 1. Oktober für die Stunde 1 M. ab 15. November für die Stunde 2 M. ab 1. Dezember für die Stunde 3 M.
2. Für Handwerker von 18—20 Jahre ab 1. Oktober für die Stunde 50 Pf. ab 15. November für die Stunde 1,10 M. ab 1. Dezember für die Stunde 1,50 M.
3. Für die Handwerker unter 18 Jahre ab 15. November für die Stunde 1 M. ab 1. Dezember für die Stunde 1,10 M.
4. Für Arbeitern, soweit sie nicht in Großfamilien eingeteilt sind, ab 15. November für die Stunde 1 M. ab 1. Dezember für die Stunde 1,10 M.
5. Die Kinderzulagen und Wertheitatenzusagen sind ab 1. 10 auf 12,— M bzw. 90,— M, ab 1. Nov. auf 130,— M bzw. 100,— M zu erhöhen.
6. Die Kündigung darf spätestens zum 1. Jan. 1922 erfolgen.
7. Der Antrag auf Ablösung der Kündigung wird abgelehnt.
8. Den Parteien wird eine Frist von 2 Tagen gegeben, innerhalb welcher sie sich mit dem Schiedsentscheid einverstanden erklären oder ihn ablehnen.

Weitergehende Forderungen sind abgelehnt. Am nämlichen Tage fand eine Sitzung der Stadtverordneten statt, die sich zur Annahme des Schiedsentscheids, wenn auch unter diesen Wenn und Aber, bereit erklärt.

Eine unter den Arbeitern und Angestellten am 18. November vorgenommene Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung ergab für Annahme 2497 Stimmen, für Ablehnung 6217 Stimmen. Ungültig waren 26 Stimmen. Der Schiedsentscheid gilt damit als abgelehnt. Aber auch für den Streik schlägt die erforderliche Zustimmung von 2/3 der Arbeiter, resp. der Mitglieder. Zugem. kam noch in Frage, daß Arbeitsniederlassungen in gewinnunzwecklichen Betrieben im heimischen Gebiete nur dann gestattet sind, wenn die Vorstände der Ordonanz 52 Gündig geleistet ist. Alles dieses veranlaßte die beteiligten Organisationen, nochmals zu versuchen, durch weitere Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen. Diese Verhandlungen sind bei Redaktionsschluß noch nicht zum Abschluß gekommen. Wir werden in nächster Nummer darüber berichten.

Ich hebe hervor, daß die Allgemeinheit — und das sind wiederum zum weitaus größten Teil Arbeiter, Angestellte und Beamte — außerordentlich höhere Gehälter zahlen muß. Nimmt man dazu die außerordentlich harten Erfahrungen der Beamtengehälter, so wird sich ein Gesamtbetrag von 200 Millionen Mark für das laufende Jahr ergeben. Ich erkenne klar und klar an, daß die Verhältnisse für die Arbeitet 1 ist, statua ist sind, aber man muß auch versuchen, einmal einen Bogen zu finden.“

Wir berücksichtigen darauf, an dieser Stelle auf die Ausschreibungen des Herrn Haas im einzelnen einzugehen. Die 20 Krankheitsbezüge für jeden städtischen Arbeiter im Durchschnitt sind nur dadurch erklärlich, daß bei dem Abbau der freigewirtschaftlichen Betriebe, die dort zur Entlassung gekommenen Arbeiter und Angestellten in weitaus gehendem Maße die Krankenkasse in Anspruch nahmen. Für unseren Verband lehnen wir das

**Die Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der E.W.C.-Werke Rheinlande und Westfalen,**

die am 7. November in Essen stattgefunden haben, führten zu folgendem Ergebnis:

Die bisherigen Stundenlöhne werden ab 1. November 1921

in Gruppe 1 . . . . . um 2,25 M.

in Gruppen 2, 3 und 4 . . . . . 2,00 \*

erhöht für Gruppe A.

ab 1. Oktober

in Gruppe 1 . . . . . um 1,90 M.

in Gruppen 2, 3 und 4 . . . . . 1,10 \*

für Gruppe A.

Für die übrigen Betriebssachen findet Seite 11 Ziffer 1 des Tarifvertrages entsprechende Anwendung.

Das Hausstand- und Kindergeld wird ab 1. Oktober von 3 M. auf 4 M. pro Arbeitstag erhöht.

Die Erhöhung der Löhne für Jugendliche regelt sich gemäß Seite 12 Ziffer V des Lohnvertrages.

Mittagsgeld und Geleitentgelösung wird einschließlich der bei der letzten Verhandlung abgemachten 20 Pf. insgesamt um 15 Pf. erhöht.

**Die Hildesheimer Tariflöhne**  
bekommen ab 1. Oktober nach den vereinbarten Vereinbarungen mit dem Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden der Provinz Sachsen, Bremerhaven und Braunschweig für Handarbeiter 7,90 M., angeleinte Arbeiter 7,80 M., ungelernte Arbeiter 7,10 M., Arbeitnehmer ab 12 M. bis 20 Jahre 20 Pf. pro Stunde weniger. Die Jugendlichen erhalten in ihrem eigenen Wohnsitz einen Zuschlag, unter 15 Jahren männliche 1,50 M., weibliche 1,00 M. Dazu kommt eine Hausstandsauflage von 40 Pf. pro Stunde und ein Kindergeld im Betrage von 10 Pf. pro Stunde und Kind.

**Niederschlag der Löhne in Hannover.**

Die letzte Erhöhung der Leistungsauflage um 80 Pf. ab 1. Oktober war ausserordentlich nur als eine Übergangsmaßnahme bewertet worden. Um 1. November fanden die eigentlichen Lohnverhandlungen mit dem neu gebildeten Kommunen-Arbeitgeberverband der Provinz Sachsen statt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen betrugen die Löhne der Gemeindearbeiter in der Stadt Hannover vom 1. Oktober ab Grundlohn 5.— M. angeleinte Arbeiter 7,50 M., ungelernte Arbeiter 7,40 M. pro Stunde. Ein Alter von 16—21 Jahren sind die Sätze: 7.— M., 2.— M. und 6.— M. Von 18—20 Jahren: 5,50 M., 5,25 M., 5,15 M. Von 18—18 Jahren 4.— M., 15—16 Jahren 3,40 M. bis 15 Jahren 3,10 M.

Wochentypen: Alter über 21 Jahre 4,10 bis 4,80 M., 20—21 Jahre 4,20—4,10 M., 18 bis 20 Jahre 4.— bis 4,20 M. pro Stunde.

Zu diesen Grundlöhnen kommt noch ein Zuschlag von 10 Pf. für alle über 21 Jahre alten Arbeitnehmer eine Kinderzulage in der höchsten Höhe von 40.— M., 30.— M. oder 20.— M.

Das Protokoll der Kranrenaissance hat mehrere vorläufige Vereinbarungen keine Geltung hat, erfüllt sie zur beiderseitigen endgültigen Regelung ab 1. Januar 1922 von 20 v. H. zu den im August 6.— 7.— 8.— 9.— 10.— 11.— 12.—

**Erhöhung der Leistungsentgeltsätze für die Gewerkschaften in Württemberg.**

Die Verhandlungen mit dem Erhebungsberatungsrat der beteiligten Gewerkschaften zeitigen folgendes Ergebnis:

1. Zu der bisherigen Leistungspauschale tritt eine neue Leistungspauschale. Diese beträgt ab 15. Oktober 1921: a) für Arbeiter über 21 Jahre stündlich 50 Pf., b) für Arbeiter von 18—21 Jahren und Arbeiter mit neuer Station aber ohne freie Wohnung stündlich 50 Pf., c) für Arbeiterinnen über 21 Jahre stündlich 40 Pf., d) für Arbeitertinnen von 18—21 Jahren und Arbeiter mit neuer Station und Wohnung 20 Pf. Hierzu kommen weiterhin ab 1. November noch 20 Pf. zu a in c), zu c 20 Pf., zu d 10 Pf.

Diese Leistungspauschale ist auf den ersten jeden Monats, einmalig zum 1. Dezember 1921 läufend mit einer wöchentlichen Kündigungssatz.

**Vollwirtschaftliches und Soziales.**

**Die Leistung.**

Die Leistung hat im Monat Oktober infolge der nach fortwährenden Entwicklung der Markt stark zugenommen.

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die Reichsverbrauchsrate für die Lebensmittelkosten im Monat Oktober auf 1418 gegenüber 1402 im September gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913/14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 vom Hundert, gegenüber Januar u. 3. um 11,4 vom Hundert, gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahrs um 3,9 vom Hundert. Neben einer möglichen Erhöhung der Ausgaben für Heiz- und Kochholz und für die Wohnungsmiete haben in der Hauptstadt steigende Erwerbsungen für die Errichtung von Immobilien den Verursacher veranlaßt. Die Ausgaben für die Errichtung allein in im Oktober auf 1422 gegenüber 1418 im September gestiegen. In dieser Erhöhung tragen teilweise recht beträchtliche Kreisneigungen für viele Lebensmittel bei, nur der Kreisraum hat bis jetzt absolut nicht geändert. Die Kreise für das Recht von Württemberg haben etwas hohe Zahlen, dagegen sind die Kurtothen wieder erheblich leichter geworben. Einander groß sind die Preiserhöhungen für Eisenwaren, Metall und Elter. Auch für Kleid und Füllde haben die Preise angezogen, während für Nahrmittel die Preisabwertung nicht sehr heftig war.

Außerdem bei Reich war die Entwicklung im Verbrauchsmenu: In allen eindrücklich, als überall Erhöhungen der Leistungsauflagen festgestellt wurden. Verschieden groß war aber das Ausmaß der neu eingetretene Leistung.

**Vollwirtschaftlicher und staatsbürglicher Kultus in Freiburg i. Br.**

Der Vollkonsortium für das Saar-Deutschland veranstaltete im vorjährigen Jahre einen vollwirtschaftlichen Kultus in W.Gladbach, an seiner Zentralstelle. Die hohen Fahrtkosten sind die gewöhnliche Leistung im befreiten Saarland machen indes vielen freihamen Venien, besonders aus Süddeutschland, den Besuch eines Kultus in W.Gladbach aus finanziellen Gründen unmöglich. Daher beschloß das Landessekretariat des Vollkonsortiums in Freiburg, einem dringenden Verlangen entsprachend, in Freiburg vom 5. bis 8. April 1922 ggf. falls einen besetzten Kultus für jüngere Venien, die im öffentlichen und jugendlichen Leben sich betätigen, zu veranstalten. Es ist gelungen, wichtige Künste für die einzelnen Hader zu gewinnen, so daß der Besuch des Kultus erträglich sein wird. Unterstellt ist für die öffige Unterstützung und

Pflegeleitung Garantie geleistet. Das weitere Programm wird später veröffentlicht werden. Die Interessenten werden schon heute auf die Veranstaltung hinzuwiesen und gebeten, ihre Adressen baldmöglichst an das Landessekretariat des Vollkonsortiums in Freiburg i. Br. zu schicken. Die Bedingungen zur Zugang zum Kultus werden ihnen dann übermittelt werden.

**„Zur Nachschmiedung empfohlen.“**

Unter vieler Sprache befindet sich in lokalen demokratischen Zeitungen eine Notiz, wonach der Betriebsrat eines größeren Werkes im Ruhrgebiet unter der Bezeichnung einen Betriebsvorstand führt habe, das für jeden bis 50 Jahre alten Arbeiter eine Lebensversicherung von 5000 Mark abgeschlossen wurde. Die Sicherung des Werkes, die jedes Jahr eine größere Summe zu gemeinsamen Zwecken hergibt, habe einen Teil des Betriebs für die Versicherung übernommen. Es schaute fern, den auf die Arbeiter entfallenden Anteil jedesmal von der dann von den höchsten Löhnen gefürchtet werde. Es wird dann aufgefordert, diese Art gemeinnütziger Autogere, die sowohl dem Arbeiter wie dem Unternehmen nütze, überall da nachzuahmen, wo der Einfluß der Betriebsräte und die obektive Sicherungnahme des Unternehmens es möglich machen.

Vielen Unklarheiten kann man bestimmen. Aus den weiteren Ausführungen der lokalen demokratischen Kreise muß entgegengesetztes werden, daß nämlich die „Betriebsfürsorge“ allein die das Sicherungsunternehmen der organisierten Arbeit zu lokalen gemeinnützigen Versicherungen der Betriebsräte benannt haben soll. Die auf Grundlage der christlichen und nationalen Gewerkschaften entstandene Garantie für die Deutsche Vollversicherung hat eben mindestens die gleiche Unmöglichkeit und die ähnlichen Arbeitsförderung, daß sie nicht in eine Versicherung übernommen werden, die ihnen fremd gegenübersteht. Insofern Ihnen die Sicherheit politisch bleibt, Ihrem eigenen Unternehmen hinzugetragen. Die Nationalität der einzelnen Gewerkschaften möchte den die Angestellten halten müssen, um ihre Löhne gleichermaßen einzuhängen zu können.

**Unter Bauproduktionsvereinigungen.** Am 21. Oktober fand in Essen die erste Tagung des beim Reichsverband deutscher Bauproduktionsgenossenschaften angesetzten christlich-wissenschaftlichen Genossenschaftsbundes statt. Anwesend waren Vertreter aller heterogenen Gewerkschaften sowie der christlichen Gewerkschaftsorganisationen des Reichsverbandes. Auch der Reichsverband deutscher Konsumvereine und eine Reihe christlich-wissenschaftlicher Gewerkschaftsverbände waren auf der Tagung vertreten. In einem einstimmigen Konsens beschloß der Vorsitzende des Reichsverbandes, Kollege Schneid (Berlin), die Bauproduktionsgenossenschaften im Rahmen der christlichen Arbeiter und Angestelltenbewegung. Am 1. August 1921 waren bereits 13 Genossenschaften in Rheinland-Westfalen in Betrieb, die 247 Mitglieder mit 384 Gehaltsanteilen zählten. 1289 Arbeiters mit dem von der Gewerkschaft beschäftigt die Zahl bei 1200 inzwischen auf über 2000 erhöht. Bis zum 1. August waren Aufträge in Höhe von 15 Millionen Mark erledigt, dazu lagen noch für 10 Millionen Mark unerledigte Aufträge vor. Ausgeschaut werden von den 13 Genossenschaften 1000 Arbeitnehmer eingeschafft. Am 2. August des Jahres wurde eine Voraussumme von circa 3,5 Millionen Mark ausgezahlt, im Monat August waren 1,7 Millionen Mark für den vorläufigen Lieferung hat den Gewerbe erlaubt, daß unter Empfehlung genossenschaftlichen lebensfähigen Gebäude

und mit herren stile wie für Gewerbe unterem Preis bei geistlichen Gesamtwirtschaftsdienst zu kommen vermögen. Daraus die Unterschaltung, bei der durch Beirat oder Ausführung von Maßnahmen, ist für alle Angehörigen der geistlich-autonomen Arbeiterschaft und Angestelltenbewegung unbedingte Pflicht!

Post und Eisenbahn werden teurer. Wie die Eisenbahnen, so gehen auch die staatlichen Verkehrsunternehmen dazu über, nach jeder Erhöhung ihre Preise heraufzutragen. So ist der Raum bereits am 1. Februar für den Reichsgefechtserhöhung von durchschnittlich 30 Pfennig ein. Für den Betriebsvertrag hat man noch eine feste Träte gegeben, hier sollen die Erhöhungen am 1. Februar 1923 einzutreten. Die Post glaubt ursprünglich ihre Träte gegenüber dem Preis erstanden wie 1 : 10 zu setzen. Daraus ist nun nun abgelenkt. Die Erhöhung soll 1 : 15 betragen nicht ausgemessen, aber doch im Durchschnitt. Der Brief, den man früher als für 10 Pf. durch ganz Deutschland sendete, wird 150 Pf. kosten. Kriegsgramme kostet nun nur noch für 2,50 Pf. versteuern. Früher kostete ein Wort 5 Pf., heute also 75 Pf. Auch eine andere Gedanken erhöhen sich wesentlich. Es ist eine gewisse Welt, dauernd, die man hat, die neuen, deutlich noch phantastisch anmutenden jungen gewohnt.

## Betriebsrätelfragen.

### Den „rechten“ Betriebsräten im Stammbuch.

Der Berliner „Normativ“ lädt in seine Nr. vom 11. November unter der Überschrift „Betriebsräte und Gewerkschaften“ den kommunistischen Betriebsräten, die sich bei Witzig in den Betriebs Gewerkschaften, den rechten treten, folgendes ins Stammbuch:

„Die Aufgaben des Betriebsrätes sind durch das Betriebsordnungsrecht schriftlich und eingetragen. Bei allen sozialen Erfordernissen zu jedem Orte bleibt die Tatsache, daß der Betriebsrat ein laich grobes Aufgabenstück gegeben ist, und noch recht viele Schwierigkeiten dazu gehört, um machbar alles Stelle in den einzelnen Betrieben, den Großbetrieben zumal die Räte gezeigt auszuüben und im Interesse der Arbeiterinnen zu wirken. Wenn große Worte tun es nicht, auch wenn sie noch so subtil fliegen. Die volle Kenntnis der Lage ist dabei unerlässlich. Die Berliner Gewerkschaften haben daher auch alle möglichen Gelegenheiten geboten, um den Betriebsräten diese Kenntnis zu vermitteln.“

So sehr aber müssen die Betriebsratsmitglieder gleich jedem einzelnen Arbeiter und jeder Arbeiterin wissen, doch nicht die Betriebsräte, sondern die Gewerkschaften mit der Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft bestreit sind, und zwar die freien Gewerkschaften nicht gehe, kapitalistische oder konfessionelle Betriebsräte und Gewerkschaften haben hier zu erzielen. Bis jetzt haben die Gewerkschaften immer noch mit den Betriebsräten. Sie vertreten nicht die Interessen der einzelnen Betriebsabteilungen, sondern die der Gruppe, besteht der Vfahrt und Vfahrdienst der einzelnen Betriebe oder Industriegruppen. Ihre Sache ist es, die Voraussetzungen zu formulieren, dass man zu verhindern die Tarifverträge abschließen und konfessionelle Vereinbarungen abgeweckt kann zu stellen. Das ist ja leichter möglich, als man es irgend einen Tag angekündigt des Fazitens der Vfahrt, eben in den Kreisen der Betriebsräte. Dafür ist es notwendig, die Vfahrtvereinigung zu erneuern durch Ratswahl und Wahltag.“

„Der 1. im November ist der Wahltag, in dem die Vfahrtvereinigung des Betriebsratskörpers in 17 von 7 Kreisgruppen. Es wird erkläre, die Rats-

wahl angekündigt zu bringen“. (Wollen wir auf die Einschätzungen, die nun den einzelnen Betriebsräten geliefert werden, berücksichtigen, daß ungefähr, reichte der Raum des „Normativ“ nicht aus. Einschätzungen, die die Räte in Gruppen oder sonstige rein gewerkschaftliche Angelegenheiten beschreiben, und den zufriedigen Gewerkschaften zu unterbreiten.) In dieser Resolution heißt es nun:

„Wir erheben den idyllischen Prolet gegen alte Gewerkschaften und deren Zustand, denn bis jetzt haben die Gewerkschaften noch keine positive Arbeit gegen die Ausbeutung der Arbeiterschaft geleistet. Wie rufen Euch, die Ihr im Sessel wohlgendigt Ihr, in letzter Stunde zu: „Wollt Ihr der Arbeiterschaft auch nur das nackte Leben erhalten, so nehmt den Kampf gegen den Wucher auf mit Taten und nicht mit leeren Worten. Heute Ihr nun auch noch diesem Kampf aus dem Wege, so sind wir und auch Ihr verloren.“

Wollt man auch der Erregung manches zugutebleiben, sie doch ein schlechter Berater. Nur mit ihm durch die Gewerkschaften kann das Erfolgreiche erreicht werden, nicht aber ohne sie, oder gar gegen sie.“

„So wird wirklich Material um die Berliner Betriebsräte, die noch die wichtigsten sein sollten, haben, wenn der „Normativ“ eine beratende Tafelung über die allgemeinen Tatsche haben kann.“

## Arbeiterbewegung.

Erfüllung der Brüder im Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Nach dem vom Betriebsvorstand und -Rücktrittsversprechen besetzte haben die Brüder wie folgt abgeschieden:

Bei einem Monatsverdienst bis 50,- Pf. Berlin 1.-4  
" " " " 150,- " 2,-  
" " " " 250,- " 3,-  
" " " " 350,- " 4,-

Diese Summen soll die Brüder solche, die sich zu einer Betriebsvereinigung zusammengesetzt. Wo der Bruder nichts entrichten ist nicht zu zahlen. Durchweg werden haben auch in diesem Monat keine die nämlichen Gehaltsentwicklungen zu zahlen sein, wie sie nach der Erhöhung der Brüder in unserem Verbände zu sehen sind.

Neue Gehaltslagen im Bergbau. Die neuen ab 1. November 1923 in Geltung kommenden Gehaltsabstufungen im Bergbau beweisen, daß zwischen 20 und 30 Pf. pro Schicht. Dazu wird in allen Fällen eine Erhöhung des Haushaltshaushaltseinkommens auf 1,50 Pf. pro Schicht und ebenfalls eine Erhöhung des Kindergeldes um den gleichen Betrag. Für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier verfügt beispielweise die Erhöhung des Schichtlohnes 27 Pf. für den Bergarbeiter werden 1,50 Pf. täglich und für jedes Kind unter 14 Jahren gleichfalls 1,50 Pf. täglich mehr bezahlt. Ein Familienvater mit 3 Kindern unter 14 Jahren bekommt gegenüber dem Zeitigen täglich 27 Pf. wöchentlich 162 Pf. monatlich 720 Pf. und jährlich 8.240 Pf. mehr.

### Betriebskonferenz des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Strafgefangenen, Regierungsbezirk Westdeutschland.

Am Sonntag, den 18. November fand in Karlsruhe eine Konferenz für den Bezirk Westdeutschland statt, welche von 50 Delegierten besucht war. Betriebsräte, Fahrendes Handwerk, Gewerbe- und Tätigkeitskreis. Aus demselben ist zu erneut, daß die Zahl der Betriebsräte und der Mitglieder sich wie folgt gestaltete:

	Zahl der Delegierten	Zahl der Mitglieder
am 1. 1. 1924	14	413
" 1. 1. 1923	13	608
" 1. 8. 1920	20	1.054
" 1. 4. 1921	42	2.92
" 1. 11. 1921	40	2.91

Das heutige Stimmzug ist es, daß die Verschaffung gemacht wurde, daß in 31 die Mitgliedschaft bereits auf 310 geführt ist. Ein Teil geduldiger Kampf, wie er in einigen Bezirksgebieten von Vertretern gewisser Organisationen geführt wurde, hat nicht verhindert, daß die Zahl des Verschaffungszahlung des Betriebsverbandes eingeholt ist. Der Verband ist an 7 Landkreisen bestellt in Wiesbaden mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in den 7 Landkreisen und 3 Landesstatistiken, durch welche in 7 Städten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitet geregt werden.

Der Verband hat bisher noch 13 Landkreise abgeschlossen an denen er direkt als Vertreter der Arbeiter beteiligt ist. Die unzähligen Zusammenhänge im Bezirksgebiet machen die Kreisstruktur und Wegenwahl Badens auf, um eine brauchbare Lage erträglich zu erhalten, wird deutlich bei der tatsächlichen Darstellung der Schritte zu unternehmen, um mit Hilfe des Sozialen die Lage der Kreisarbeiter entsprechend zu erhalten. Die Tätigkeit des Verbands im bezug auf Besserstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder war eine umfassende wie erfolgreiche.

Der Geschäfts- und Tätigkeitsbericht wurde mit Verständigung zur Kenntnis gebracht und der Verbandsleitung dank und Anerkennung gezeigt.

Zudem hielt Centralvorsitzender Debeneck aus Köln einen lehrreichen Vortrag über Grundlage und Ziel der Gewaltlosen Revolution. Mit holdem Antreten folgten die Konferenzteilnehmer den Ausführungen ihres Vortrags. Seine Abschriftung an die Brüder bestrebt alle an Gewaltgrenzen, zur Ruh und Friede abzubringen und mehr die Freiheit des Menschen anzusehen und an die Bedeutung der Gewaltlosigkeit für nationale politische Verbände der Arbeiterschaften wurde mit starker Beifall aufgenommen.

In Anbetracht der Vorfahrtserfung wurde einer Beitragserhebung gegen Verteilung des Centralverbandes fast einstimmig zugesagt. Nach einer leichten Abstimmung bei Delegierten, bei welchen der Landauer Delegierte zum Vorsitzenden des Sonderausschusses bestimmt wurde, der im zweitgenannten Vortrage genannt wurde, konnte der Vorsitz der Kommission Müller-Giebel zur Mündigkeit und Gebundenheit die Kommission mit einem Begeisterung aufgenommen. Dann auf den Centralverband der Gemeindearbeiter und Strafgefangenen folgten.

## Aus den Ortsgruppen.

Frankfurt. Die Kollegen des kleinen Gemeindeverbandes haben sich nun auch weiteren Verbänden angeschlossen früher waren sie zum Teil im mittleren Bauarbeiterverband organisiert. Die Kollegen bezogen früher 4,00 Pf. pro Stunde und 1,50 Pf. Kopfzusage. Wahrscheinlich keine Lohn nicht ist die heutige. Die Kollegen beanspruchten die Verbandsleitung haben ausdrücklich die heutige Lage und der immer wieder sich ändernden Lebensmittel und Bedarfssatzel der Verwaltung neue Forderungen zu unterbreiten. Da Vorsitz nach dem Arbeitgeberverband angepeilt, möglich die Verhandlungen offiziell geführt werden. Am 8. Oktober fanden dann dieselben statt, wo erstmals ab 15. August die Löhne von 4,00 auf 5,00 Pf. erhöht wurden. Die Kopfzusage von 1,50 Pf. auf 2,50 Pf. erhöht. Ein für welche Gegend nennenswerte Zusage da die Auslandsgemeinden Engelskirchen Lindlar Löhne von 3,50-4,50 Pf. zahlen. Offiziell werden auch die Kollegen der obengenannten Gemeinden recht bald den Weg zur Organisation finden. Den Frankfurter Kollegen aber rufen wir zu: Sorge für den weiteren Ausbau unserer Organisation, denn nur durch eine starke Organisation ist die Arbeiterschaft in der Lage ihre finanzielle und wirtschaftliche Lage zu verbessern.

## Bekanntmachung.

Nachdem die Teilnehmer der Bezirkskonferenzen fast einstimmig den gemachten Vorschlägen für die Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen ihre Zustimmung gegeben, werden nach Beipiel des Haupt-

## Allerlei.

veränderten die betreffenden Bestimmungen  
näherer Satzung vom 1. Januar 1922 ab  
wie folgt geändert:

### § 13.

#### Wahlahmehrgeld und Beitrag.

Das Aufnahmehrgeld beträgt für die erste Beitragsklasse 1.— M. und für die übrigen 2.— M.

Der wöchentliche Beitrag beträgt bei einem Wochendienst

	1	2	3	4	5	6	7
1. bis 100 M.	1,00	0,23	1,25				
2 von 101 bis 125 M.	1,50	0,23	1,75				
3 " 126 " 150 "	2,00	0,50	2,50				
4 " 151 " 200 "	2,50	0,50	3,00				
5 " 201 " 250 "	3,50	0,50	4,00				
6 " 251 " 300 "	4,50	0,50	5,00				
7 " über 300 "	5,50	0,50	6,00				

### § 31.

#### Streitunterstützung.

Die Streitunterstützung beträgt:

in Klasse 1	2	3	4	5	6	7
pro Woche 27 M.	42	"				
" 3 " "	57	"				
" 4 " "	72	"				
" 5 " "	102	"				
" 6 " "	117	"				
" 7 " "	132	"				

### § 32.

#### Gemütenzulage.

Die verheiratheten Mitglieder erhalten außer der vorstehend festgesetzten Unter- stützung noch einen Zulauf pro Woche für jedes Kind in den Klassen 2, 3, 4 und 5 von 4,50 M., in den Klassen 6 und 7 von 6 M.

### § 33.

#### Umzugunterstützung.

Umzugunterstützung wird nur gewährt, sofern der neue Wohnort 25 Kilometer oder mehr vom alten entfernt liegt, und zwar bis zur Hälfte des höchsten Umzugsgestaltens, höchstens jedoch

in Klasse 1	2	3	4	5	6	7
30.	40.	50.	60.	70.	85.	100 M.

### § 39.

#### Erwerbslosenunterstützung.

Die Unterstützung beträgt:

in Klasse	Beitrag	pro Woche
1	1,00	25 0,00
2	1,50	25 10,50
3	2,00	50 12,00
4	2,50	50 13,50
5	3,50	50 15,00
6	4,50	50 16,50
7	5,50	50 18,00

### § 42.

#### Sterbegeld.

Beim Sterbefall eines Mitgliedes kann Sterbegeld nach folgenden Sätzen gewährt werden. Nach einer Beitragsleistung von

Klasse	1	2	3	4	5	6	7
1	60	75	90	105	120	135	
" 2	65	80	95	110	130	"	
" 3	70	85	100	120	140	"	
" 4	75	90	110	130	150	"	
" 5	80	100	120	140	160	"	
" 6	90	110	130	150	170	"	
" 7	100	125	150	175	200	"	

Vorstehende Tabelle tragen treten am 1. Januar 1922 in Kraft.

#### Der Zentralvorstand.

Ein „freies“ Gewerkschaftskartell gründet einen Kreidenterverein. Wie der „Tonograph“ vom 19. September 1921 mitteilt, hat das mehrheitlich sozialistische Organ die „Katholiken Volkszeitung“ aus Sommerfeld folgendes berichtet:

„Schon lange hatte sich das Gewerkschaftskartell mit der eitel Gründung eines Kreidentervereins beschäftigt. Am Freitag, den 2. Sept., hatte nun Baskerville eine öffentliche Versammlung im Schützenhaus einberufen, in welcher der Geistliche Niederlich als Referent erschienen war und über das Thema „Wer gehört in die Kirche und wer nicht?“ sprach. Der Referent griff in die heiligen Zeiten der Religionslämme zurück. Er erinnerte das ausstehende Erleben der damaligen Päpste, welche zu der Zeit als die heiligsten Männer galt, namentlich dann in die Zeit der über und lange war, da die Handlungswelle und Lehren der letzten Bischöfe nicht mit dem übereinstimmen, was die Bibel verbreite.“

Als Ergebnis dieser vom „freien“ Gewerkschaftskartell einberuften Versammlung verhinderte das mehrheitlich sozialistische Blatt die Gründung eines Kreidentervereins mit 51 Mitgliedern. — Es musste um die Heiligenversammlung der Sommerfelder „freien“ Gewerkschaftler recht zuhören, wenn sie gegenwärtig nichts anderes anzusteuern wünschen, als Kreidentervereine zu gründen. So also steht die Neutralität auf einer Seite aus, die anderer nur die wirtschaftlichen Interessen des Volkes einzutreten. Man sollte meinen, daß nun bald den leichten Nachläufer dieser Bewegung die Augen aufnehmen, insbesondere jenen, die den alten Katholiken bei den freiemittelstaatlichen Verbänden Freiplatz haben. Man könnte ihnen auch als guter Christ anhören. Nota, hier nicht es kein Verteilern, dies kann nur eine reine Scheidung in Städte sozialisieren.“

Nede und Stiftskult. Von Professor Dr. Noel Guignard, 140 Seiten. Preis 100. — Gebunden 13.— A. Bremius erhielt bei Windelsabnahme von 10 Silde Bremerhaven zu besiedeln durch den Besitz der „Ingenieurlichen Anstalt Wien“ 1. Teil. Ebdendorf, 2.

Ein Buch für den Volkstaat! So schreibt Dr. Karl Engmann seine „Nede und Stiftskult im Vormort“. Ein Buch für den Volkstaat! ist es in Wahrheit über im Volkstaat etwas leben will, der nicht eben reden können. Das lebt nur der Verfasser glaubend auf 80 Seiten. Kein geschicktes Werkzeug, keine moderne Herstellungstechnik. Keine Salbader über den Wert und die Aufgaben des Nedes. Aller 10 ist leicht von der Leber weggeschrieben, da unmittelbar aus dem Leben geht, daß der Verf. Seite für Seite ausstufen möchte. „Halt, das kann gerade ich brauchen.“ Das ist ausgesprochen für mich sehr kritisch. „Sag, die Inhaltsangabe teilest uns mit.“ Nutzen, Eiderbleider, Schläger, Bildet, Zulichenswurz. Da leben wir. Der Verfasser ist wirklich in die Verhältnisse eingangen und hat den Niederrn auf den Mund gebracht. Manche Abhandlungen lassen den Verf. überhaupt den Zweck des Buches vermissen. Die Verhinderung einer Glöckel Nede z. B. (S. 18) ist so absurd, doch wir nicht leben, um zu sterben, sondern um zu genießen. Die Gestalt des Volkstaatskunst steht im hellsten Licht vor uns. — Vielleicht noch irrtümlicher für uns sind die 80 Seiten Stiftskult. Wer von den 12 Abhandlungen dieses Teiles auch nur zwei mit Aufmerksamkeit durchgeht, dem wird es wie Schuppen vor den Augen fallen und er wird mit einem Mal erkennen, warum denn seine Nede höher hat, so holperig und ungeduldig war. Die Beispiele, die der Verfasser bringt, in doppelter Form, läßt nicht und verbietet — sind so reichlich und brauchbar ausgewählt aus Berichten, Gewerkschaftsberichten, sozialen Deutschenrichten, doch wie jedes einzelne so oft verwendet werden, um Neueren zu vermeiden im nächsten Bericht im nächsten Zeitungsartikel, den wir zu überleben haben. — Die Tendenz der „Freien Kirchen“ „Volkstaat“ hat das Buch mit seinen 111 Seiten sehr und sicher ausweitet. Wie empfehlen allen Mitgliedern die herzlosen und, auf jedem Verdankungsgrundsatz zu arbeiten, in die allein in der Leidenschaft tötenden Kätheinen und Kolleginnen die Arbeitung des Dichten.

Der Zentralvorstand ist wirklich in die Verhältnisse eingangen und hat den Niederrn auf den Mund gebracht. Manche Abhandlungen lassen den Verf. überhaupt den Zweck des Buches vermissen. Die Verhinderung einer Glöckel Nede z. B. (S. 18) ist so absurd, doch wir nicht leben, um zu sterben, sondern um zu genießen. Die Gestalt des Volkstaatskunst steht im hellsten Licht vor uns. — Vielleicht noch irrtümlicher für uns sind die 80 Seiten Stiftskult. Wer von den 12 Abhandlungen dieses Teiles auch nur zwei mit Aufmerksamkeit durchgeht, dem wird es wie Schuppen vor den Augen fallen und er wird mit einem Mal erkennen, warum denn seine Nede höher hat, so holperig und ungeduldig war. Die Beispiele, die der Verfasser bringt, in doppelter Form, läßt nicht und verbietet — sind so reichlich und brauchbar ausgewählt aus Berichten, Gewerkschaftsberichten, sozialen Deutschenrichten, doch wie jedes einzelne so oft verwendet werden, um Neueren zu vermeiden im nächsten Bericht im nächsten Zeitungsartikel, den wir zu überleben haben. — Die Tendenz der „Freien Kirchen“ „Volkstaat“ hat das Buch mit seinen 111 Seiten sehr und sicher ausweitet. Wie empfehlen allen Mitgliedern die herzlosen und, auf jedem Verdankungsgrundsatz zu arbeiten, in die allein in der Leidenschaft tötenden Kätheinen und Kolleginnen die Arbeitung des Dichten.

## Bücherladen.

Bücherberatung. Eine Quellenansammlung herausgegeben von Autoren für die Völk. des Bevölkerungsproblems. Unter diesem Titel ist vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine kleine Broschüre herausgegeben, die allen, die in der Jugendbewegung stehen, gute Dienste leisten wird.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1922 wird demnächst herausgegeben werden. Sein Inhalt macht es zu einem unentbehrlichen Nachschlagebuch für jeden aktiven Gewerkschaftler, prägt den Inhalt, um Dich hierzu zu überzeugen. Datumazettel-Kalenderium. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920. Aus der Geschichte unserer Bewegung. Gewerkschaft und Politikwirtschaft. Deutschlands Wirtschaftskräfte vor und nach dem Kriege. Lexikon des Sozialrechts und der Sozialversicherung. Recht über Armut, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Rentenversicherung für das Jahr 1922. Der Aufbau der christlichen Gewerkschaften. Adressenregister der christlichen Gewerkschaften. Postkarte. Besonderes Gewicht ist darauf gelegt, daß der Raum für Kolagen und Ausszeichnungen gewidmet wird. Der Preis ist so niedrig wie möglich. Er wird 2.— M. nicht übersteigen, möglich aber nur 3.— M. betragen. Belohnungen sind baldmöglichst an die Geschäftsstellen des Verbundes Köln, Berlin, Wall 4, zu richten.

## Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 27. Nov. bis 3. Dez. 1922 der 48. Wochenbericht fällt.

Folgende Ortsgruppen haben abgetrennt vom:

1. Quartal 1921: Bonn (R. S. V.) und Burscheid.

2. Quartal 1921: Gladbeck, Wabern-Baden, Budendorf, Mühl, Godesberg, Königswinter, Eitorf a. d. Sieg, Fichtenhain und Neiges.

3. Quartal 1921: Hochst. Nürnberg, Karlsruhe, Halle a. d. Saale, Stolberg, Gemünd, Röder-Mulheim, St. Ingbert, Höchstädt, Mainz, Steinach, Wernigerode, Mainz, Köln (Elt.), Köln (Jubelpark), Neuss, Lauter, Düren, Ahd., Petersheim, Frankfurt a. Main, Bühlertal, Fichtenhain, Ravensburg, Bochum (Gew.), Dortmund (Gew.), Spenaken, Köln (West u. Bef.), Lippstadt, Euskirchen, Hildenheim, Steinenau, Düsseldorf (Gew.), Gütersloh, Bochum (Elt.), Hamm (Elt.), Waldkirchbach und Buer l. W.

#### Der Zentralvorstand.

## Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Kerner Heinrich, Wachen 11. 9. 21  
Lewantowski Anton, Herten 26. 10. 21  
Zöller Wilhelm, Gladbeck 4. 11. 21  
Bettner Peter, Wesseling 7. 11. 21

Ehre ihrem Andenken!